



Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie – Landesverband Hessen e.V.  
c/o Petra Lauer – Oikos-Sozialzentrum – 34613 Schwalmstadt

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie  
Landesverband Hessen e.V.  
c/o Petra Lauer  
Oikos Sozialzentrum  
Hessenallee 12 a  
34613 Schwalmstadt  
Tel.: 06691 9635-0  
Fax: 066919635-211  
eMail: [info@dgsp-hessen.de](mailto:info@dgsp-hessen.de)  
internet: [www.dgsp-hessen.de](http://www.dgsp-hessen.de)

An das  
Hessische Ministerium für  
Soziales und Integration  
Postfach 3140

65021 Wiesbaden

**Evaluierung PsychKHG, Rückmeldung an das Ministerium**  
**Schreiben vom 11. Februar 2020, Gesch.zeichen: VVF-DMY-18p9030 -0002/2018/002**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vorstand des Landesverbandes Hessen der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie möchte sich für die Anfrage bedanken. Die nachfolgende Stellungnahme wird auch vom Verein Ex-In-Hessen (Marburg) e.V. mitgetragen.

1. Ist das Gesetz weiterhin notwendig?  
Wir halten das Gesetz mit der dezidierten Regelung der Rechte für Betroffene und Angehörige (Beschwerdestellen, Patientenfürsprecher, Besuchskommissionen) für einen Fortschritt und plädieren für die weitere Beibehaltung. Generell sorgt das Gesetz im Bereich der Einweisung gegen den Willen der betroffenen Person für klare Zuständigkeiten. Die Regelungen der neueren Rechtsprechung zur Zwangsbehandlung und Fixierung müssen aus unserer Sicht noch einmal genauer geprüft und angepasst werden.
2. Wenn ja, hat sich das Gesetz in Ihrem Bereich bewährt?  
Ja. Generell wird uns von unseren Mitgliedern und Freunden von einem Rückgang der Einweisungen gegen den Willen der Betroffenen berichtet. Allerdings wird auch zurückgemeldet, dass die erforderliche Zusammenarbeit, Kooperation und Koordination auf der Ebene der regionalen Versorgung in manchen Regionen nicht gut funktioniert (Stationäre Versorgung, Justiz, Polizei, SpDi, psychosoziale Versorgung).
3. Gibt es Regelungen, die entfallen können?  
Nein.
4. Gibt es zusätzliche Regelungen, die aufgenommen werden können?
  - Wir halten die Einrichtung von flächendeckenden regionalen Krisendiensten für erforderlich. Die Koordination sollte durch die Sozialpsychiatrische Dienste erfolgen. Federführung und personelle Einbeziehung der Sozialpsychiatrischen Dienste in der

Gestaltung der Krisenversorgung vor Ort. Evtl. projektbezogene Evaluation welches Angebot in Hessen zielführend sein kann. Einbeziehung von Peers.

Wichtig dabei: Der Krisendienst sollte insbesondere bei schwer beeinträchtigten Personen auch eine persönliche Kontaktaufnahme mit Klärung der Erfordernisse im Sinne einer Vermeidung von Selbst- und Fremdgefährdung vorsehen.

- Genauere Regelungen zu Fixierungen entsprechend der neueren Rechtsprechung (persönliche Begleitung, keine Sichtüberwachung).
- Zu prüfen: Kann-Bestimmung zur Besetzung der Beschwerdestellen. Jedenfalls als Ziel eine trialogische Besetzung. Mindestbesetzung prüfen (drei Personen).
- Vorschlag: Mindestens einmal jährlich ein Treffen der drei Institutionen (Beschwerdestellen, Patientenfürsprecher, Besuchskommission) entweder auf Landesebene oder Gebietskörperschaft. Ziel: Vernetzung und Kooperation.
- Regelung des Schulungsbedarfs für Ehrenamtler im Bereich Patientenrechte (Gesetz oder evtl. Ausführungsbestimmungen)
- Die Besuchskommissionen müssen in begründeten Fällen auch unangemeldete Besuche durchführen können.
- Der Fachbeirat Psychiatrie auf Landesebene sollte regelmäßig mindestens zweimal jährlich tagen.

Wir möchten noch einmal betonen, dass es uns vor allem darum geht den Hilfeaspekt des Gesetzes stärker in den Vordergrund zu rücken. Dabei liegen uns vor allem die Bedürfnisse der Menschen am Herzen, die sich in einer akuten Krisenlage befinden. Ohne eine engmaschige Zusammenarbeit der Dienste und Einrichtungen wird dies nicht gelingen. Deshalb sollte auch noch einmal die gegenseitige Einbeziehung an den Schnittstellen unter Berücksichtigung der Belange des Datenschutzes genau geprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Lauer  
Erste Vorsitzende LV DGSP Hessen e.V.

Andreas Jung  
Vorsitzender Ex-In-Hessen  
(Marburg) e.V.